

Weitere Entlastungen für Bürger, Unternehmen und die Landwirtschaft

Die jetzt beschlossenen Steuer- und Abgabentlastungen mit einem Gesamtvolumen von ca. 13 Mrd. Euro sind ein weiterer Beitrag zur Bewältigung der aktuellen Wirtschaftsschwäche. Die steuerliche Absetzbarkeit der Krankenversicherungsbeiträge, die Korrekturen an der Unternehmenssteuerreform sowie die jetzt gegenüber der SPD durchgesetzte Lösung bei der Besteuerung von Agrardiesel für Landwirte entsprechen alten CSU-Forderungen.

Aufwendungen für Krankenversicherung werden steuerlich absetzbar

Mit dem „Bürgerentlastungsgesetz“ können ab 2010 die Aufwendungen für die Kranken- und Pflegeversicherung steuerlich geltend gemacht werden. Gesetzlich Krankenversicherte können dadurch um bis zu 1.000 Euro im Jahr entlastet werden. Gesamtvolumen dieser Steuererleichterung, die darüber hinaus die Absetzbarkeit weiterer Versicherungsbeiträge regelt: 9,5 Mrd. Euro.

Korrekturen bei den Unternehmensteuern

Um die Auswirkungen der konjunkturellen Schwächephase insbesondere auf mittelständische Betriebe abzufedern, werden diese durch Korrekturen im Bereich der Unternehmensteuern um rund 3,5 Mrd. Euro entlastet. Gerade in schwierigen Zeiten muss alles vermieden werden, was die Liquidität und Ertragskraft der Betriebe gefährden und wie ein Brandbeschleuniger wirken könnte:

- ◆ In den Jahren 2009 und 2010 können Unternehmen Zinszahlungen - etwa für Kredite - nunmehr bis zu einer Höhe von drei Mio. Euro steuerlich geltend machen. Die sog. Zinsschranke liegt gegenwärtig bei einer Mio. Euro.
- ◆ Die Verdoppelung der Grenze für die sog. Ist-Besteuerung bei der Umsatzsteuer auf 500.000 Euro stärkt vor allem die Liquidität kleinerer und mittlerer Firmen sowie des Handwerks und von Selbständigen: Sie müssen künftig dem Finanzamt erst dann die Umsatzsteuer zahlen, wenn der Kunde seine Rechnung auch tatsächlich bezahlt hat. Bisher wird die Umsatzsteuer bereits bei der Rechnungsstellung fällig.
- ◆ Eine weitere steuerliche Entlastung bringt die verbesserte Möglichkeit für Investoren, Verlustvorträge geltend zu machen.

Mit den jetzt erreichten Erleichterungen werden Korrekturen an der Unternehmenssteuerreform umgesetzt, die wir gegenüber Bundesfinanzminister Steinbrück und dem Koalitionspartner SPD angemahnt haben.

Begrüßt werden die Verbesserungen vor allem auch in den Handwerksbetrieben, aus denen sich über 100 bayerische Vertreter am Mittwoch dieser Woche auf unsere Einladung zu einem Handwerkskongress in Berlin aufhielten.

Hilfen für die Landwirtschaft durchgesetzt

Durchgesetzt hat sich die CSU-Landesgruppe nunmehr auch mit ihrer Forderung nach Erleichterungen für unsere landwirtschaftlichen Betriebe. Auch sie sind von der Wirtschaftsschwäche betroffen und brauchen Unterstützung.

Bei der Besteuerung von Agrardiesel werden die Landwirte 2009 und 2010 jeweils um 285 Mio. Euro entlastet. Die von der grünen Ministerin Künast verankerten Einschränkungen sind aufgehoben: Der „Selbstbehalt“ von 350 Euro je Betrieb sowie die Deckelung auf maximal 10.000 Liter je Betrieb entfallen - jedenfalls 2009 und 2010. Damit sinkt die durchschnittliche steuerliche Belastung von Agrardiesel für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe auf 25,56 Cent pro Liter.

Zuvor hatten wir gegen erhebliche Widerstände erreichen können, dass die Vorsteuerpauschale von 9 auf 17,7 Prozent erhöht wurde. Zudem haben wir mit entsprechenden Bundesmitteln dafür gesorgt, dass im Bereich der Landwirtschaftlichen Krankenkasse die Kinder beitragsfrei mitversichert bleiben und alle Versicherten ebenfalls von einer Beitragssenkung profitieren können.

Auf EU-Ebene konnte erreicht werden, dass die direkten Beihilfen für unsere Landwirte deutlich früher als im Dezember ausgezahlt werden können – und zwar in Höhe von bis zu 70 Prozent der Gesamtjahressumme.

Arbeitsmarkt zeigt erstaunliche Robustheit

Der Rückgang der Arbeitslosenzahl um 127.000 gegenüber dem Vormonat zeigt: Trotz der Schwere der Rezession befindet sich der Arbeitsmarkt in einer robusten Verfassung. Es ist noch keine Trendwende erreicht. Aber die ergriffenen Maßnahmen zur Stabilisierung von Konjunktur und Arbeitsmarkt greifen.

Die jüngsten Beschlüsse zu einer nochmaligen Ausweitung der Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes auf 24 Monate ist ein zusätzliches Signal an die Adresse der Arbeitgeber, auf Entlassungen zu verzichten und stattdessen vor allem die Facharbeiter über die Krise hinweg an die Unternehmen zu binden.

In den kommenden Wochen werden auch die Aufstockungen der öffentlichen Investitionen und die Rückführung der Steuer- und Abgabenbelastung wirksam. Beides wird den Abschwung dämpfen und den Arbeitsmarkt stützen.

Nach dem Herbst Steuerreformpolitik fortsetzen

Auch wenn sich jüngst erste Anzeichen für ein Erreichen der konjunkturellen Talsohle ergeben haben, besteht kein Anlass zur Entwarnung. Im Gegenteil: In der kommenden Legislaturperiode muss alles unternommen werden, um wieder zu einem angemessenen Wirtschaftswachstum zu kommen.

Nach Auffassung der CSU muss dabei eine Fortsetzung der Steuerreformpolitik mit dem Ziel einer Glättung des Tarifs und einer Rückführung der kalten Progression im Mittelpunkt stehen.